

Bogdan Musial. *Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement: Eine Fallstudie zum Distrikt Lublin 1939-1944.* Wiesbaden: Harrassowitz Verlag, 1999. 435 S. (gebunden), ISBN 978-3-447-04208-6.



Reviewed by Andrea Löw

Published on H-Soz-u-Kult (October, 2000)

B. Musial: Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung

Der polnische Historiker Bogdan Musial wurde in Deutschland einem breiten Publikum durch seine Kritik an der Wehrmachtsausstellung bekannt. Nun liegt von dem Mitarbeiter des Deutschen Historischen Instituts in Warschau eine fundierte und detaillierte Untersuchung über die "Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement" vor. Zuletzt erschien eine Reihe von Arbeiten deutscher Historiker, die die deutsche Besatzungspolitik und die Judenverfolgung anhand einzelner Regionen im besetzten Osteuropa untersuchten. Hier wären die Studien von Thomas Sandkühler über Galizien Thomas Sandkühler: "Endlösung" in Galizien. Der Judenmord in Ostpolen und die Rettungsinitiativen von Berthold Beitz 1941, Bonn 1996. , Dieter Pohl über Ostgalizien Dieter Pohl: Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941-1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens, München 1996. und Christian Gerlach über Weissrussland Christian Gerlach: Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weissrussland 1941 bis 1944, Hamburg 1998. zu nennen. Bogdan Musials Arbeit ist innerhalb dieses Forschungstrends zu verorten. Anhand des Distrikts Lublin untersucht der polnische Historiker die Rolle der Zivilverwaltung bei

der Organisation und Durchführung der "Endlösung" im Generalgouvernement. 1993 war bereits eine knappere Untersuchung von Dieter Pohl zur Judenverfolgung in diesem Distrikt erschienen: Dieter Pohl: Von der "Judenpolitik" zum Judenmord. Der Distrikt Lublin des Generalgouvernements 1939-1944, Frankfurt am Main 1993. Als besonders fruchtbar erweist sich hierbei der Ansatz, das konkrete Handeln einzelner Personen innerhalb dieser Zivilverwaltung in den Blick zu rücken: "Mit Hilfe des biographisch-institutionellen Ansatzes soll gezeigt werden, daß für die Verbrechen an polnischen Juden Personen und Personengruppen verantwortlich waren. Es handelte sich keinesfalls um einen anonymen bürokratischen Apparat, dessen Mitarbeiter relativ wenig Spielräume gehabt hätten [...]" (4).

Zur Einordnung des Handelns der Zivilverwaltungs-Angehörigen bietet Musial einen ausführlichen Überblick über die Regierung des Generalgouvernements mit Hans Frank an der Spitze, der hier nicht nachgezeichnet werden kann. Das politische Klima war in hohem Maße durch Kompetenzstreitigkeiten zwischen dieser Regierung und dem SS- und Polizeiapparat und durch Korruption geprägt. Die personelle Zusammensetzung der Zivilverwaltung war insgesamt das "Ergebnis einer

negativen Auslese" (86), die Beamten stellten so keineswegs einen typischen Querschnitt der deutschen Gesellschaft dar; z. B. waren darunter viele gewöhnliche Kriminelle.

Bogdan Musial unterteilt die antijüdische Politik in zwei Phasen, deren erste vom Herbst 1939 bis Ende 1941 reicht. Die Zivilverwaltung verfolgte hier vorrangig zwei Ziele: Die Isolierung der Juden und ihre Ausschaltung aus der Wirtschaft. Musial betrachtet die antijüdische Politik nicht von ihrem Ende ausgehend, sondern zeigt konkret auf, was die Maßnahmen zum jeweiligen Zeitpunkt für die Menschen bedeuteten, wie sie etwa zum Schwarzmarkthandel gezwungen wurden, um überhaupt eine Überlebenschance zu haben, und wie sich die Politik und der Terror der Besatzer auf die gesellschaftliche Struktur innerhalb der jüdischen Gemeinschaft auswirkten.

Die meisten Behörden waren direkt in die Politik gegen die jüdische Bevölkerung involviert, eine besondere Rolle spielte aber die Hauptabteilung Innere Verwaltung mit der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge (BuF). Diese "war innerhalb des zivilen Behördenapparates diejenige Dienststelle, welche alle Aussiedlungen, Vertreibungen und Umsiedlungen innerhalb des GGs [Generalgouvernements] zu organisieren oder daran mitzuwirken hatte." (97). Nach dem Beginn der von Lublin aus geleiteten "Aktion Reinhard" koordinierte die BuF die Deportationen mit dem SS- und Polizeiapparat. Waren zwar verschiedene Verwaltungsinstanzen für "Judenangelegenheiten" zuständig, änderten sich die Kompetenzen auf der Kreisebene weitestgehend im Amt des Kreis-/Stadthauptmannes. Die insgesamt 120 Kreishauptleute - 28 Kreis- und Stadthauptleute im Distrikt Lublin, welche in der Studie sämtlich namentlich genannt werden -, waren daher entscheidend für die Verhältnisse in den jeweiligen Amtsbezirken; sie besaßen große Spielräume in ihrem Handeln gegenüber der jüdischen und auch der polnischen und ukrainischen Bevölkerung. Den meisten weist Bogdan Musial eine "willkürliche Vorgehensweise" (56) nach und betont: "Die Intensität und das Ausmaß dieses Terrors [gegen die jüdische Bevölkerung] hingen ausschließlich von dem einzelnen Kreishauptmann ab." (61).

Im Distrikt Lublin entstand eine besondere Situation, was auf das Wirken des SS- und Polizeiführers Odilo Globocnik zurückzuführen ist, der auf dem Gebiet der Judenpolitik von Anfang an eine ungeheure "Aktivität" entwickelte. Musial vermutet, dass von Globoc-

nik selbst die Initiative, die Juden im Distrikt Lublin zu ermorden, ausgegangen war. Vor allem in der zweiten Phase, nach dem Entscheidungsprozess zum Massenmord - hier betont Musial die aktive Rolle des Generalgouverneurs Hans Frank und geht mit Christian Gerlach davon aus, dass Hitler am 13. Dezember 1941 seine "Entscheidung, alle Juden Europas zu ermorden" (219) verkündete Christian Gerlach: Die Wannsee-Konferenz, das Schicksal der deutschen Juden und Hitlers politische Grundsatzentscheidung, alle Juden Europas zu ermorden, in: Werkstatt Geschichte 18 (1997), S. 7-44. -, wurden er und sein SS- und Polizeiapparat aktiv. Damit einher ging eine Kompetenzverschiebung in der "Judenfrage" zuungunsten der Zivilverwaltung; diese wirkte aber trotzdem weiterhin tatkräftig mit. Im Unterschied zur rassistisch-antisemitischen und volkstumpolitischen Motivation des SS- und Polizeiapparates wollten sich die Mitglieder der Zivilverwaltung vor allem aus kriegswirtschaftlichen und verwaltungstechnischen Erwägungen - diese aber gepaart mit dem Antisemitismus der meisten Akteure - der Juden "entledigen" und halfen daher der SS bei der Organisation der Deportationen. So waren sich nach Musial die Zivilverwaltung und der SS- und Polizeiapparat im Oktober 1941 einig, dass die jüdischen Menschen im Generalgouvernement ermordet werden sollten, wenn auch nicht aus der gleichen Motivation heraus. "Diese beiden Denkweisen schlossen sich aber bei der Entscheidung zur Einleitung des Massenmordes an Juden im GG nicht aus, sondern im Gegenteil, sie ergänzten sich und verliehen diesem Entscheidungsprozess eine zusätzliche Dynamik." (212).

Die Kreishauptleute wählten die "unproduktiven" Juden zur Deportation aus und schufen die gerade im ländlichen Distrikt Lublin wichtige Voraussetzung der Konzentration der jüdischen Bevölkerung an Orten mit Bahnanschluss. Zudem sorgte die Abteilung BuF für die Vermittlung zwischen dem Stab Globocniks und den Kreishauptleuten. Auch der Gouverneur in Lublin, Zäuner, und seine engsten Mitarbeiter unterstützten den Mord an den Juden "und drängten sogar darauf" (269). Musial betont zu Recht, dass ohne die aktive Mitarbeit der Zivilverwaltung die Deportation und die Ermordung der Juden im Generalgouvernement in ihrem Ausmaß und ihrer Geschwindigkeit nicht durchführbar gewesen wäre. Trotzdem wurde, wie Musial anmerkt, die Beteiligung der zivilen Behörden in der bisherigen Forschung - mit Ausnahme der Untersuchungen von Pohl und Sandkühler - "entweder 'übersehen' oder nur am Rande behandelt" (229). Nur wenige Mitglieder des Verwaltungsapparates ließen sich aufgrund des

begonnenen Massenmords versetzen, bei den meisten zeigt Musial Reaktionen auf, die von begeisterter Unterstützung bis zur Gleichgültigkeit reichen.

Musial nennt akribisch genau die jeweils Verantwortlichen für die "Aktionen" in den Kreisen beim Namen und versucht, den genauen Ablauf zu rekonstruieren. Da die Kreishauptleute zunächst die "arbeitsunfähigen" Juden zur Deportation auswählten, geht Musial davon aus, das Ende 1941 der Beschluss getroffen worden war, "nur" die "unproduktiven" Juden zu ermorden. Dies änderte sich im Sommer 1942, als der Begriff "einsatzfähig" immer enger definiert und die vollständige Liquidierung der Ghettos und jüdischen Bezirke intendiert wurde. In dieser Phase spielte die Zivilverwaltung eine zunehmend geringere Rolle, SS und Polizei übernahmen zumeist die komplette Durchführung der Deportationen, allerdings immer noch unterstützt von den Kreishauptleuten. Insgesamt war die Organisation in dieser Phase aber einfacher, da ohne vorherige Selektion ganze Ghettos oder Bezirke aufgelöst wurden. Entgegen der verbreiteten Auffassung, der Massenmord an den Juden sei bürokratisch perfekt organisiert gewesen, kommt Musial, sich an Pohl anschließend, zu der Auffassung, dass die "Aktionen" im Distrikt Lublin schlecht vorbereitet und zumeist improvisiert und eher chaotisch durchgeführt worden waren: "Die Zivilverwaltung bemühte sich zwar, 'Ordnung' in den laufenden Massenmord zu bringen, hatte allerdings keinen größeren Erfolg" (349).

Ein wichtiger Aspekt in Musials Untersuchung ist die Nachkriegsgeschichte dieser Täter. Keiner der ca. 120 Kreishauptleute wurde nach 1945 in Deutschland verurteilt, nur sieben wurden nach Polen ausgeliefert, darun-

ter keiner aus dem Distrikt Lublin. Insgesamt wurden von den Mitarbeitern der Zivilverwaltung nur 34 nach Polen ausgeliefert - bei insgesamt 1817 ausgelieferten NS-Tätern. Die Führungsspitze wurde zwar bestraft, die "zweite Reihe" dagegen nur in Ausnahmefällen. Detailliert beschreibt Musial die teilweise glänzenden Nachkriegskarrieren ehemaliger Beamter des Generalgouvernements in Westdeutschland, etwa im Justizbereich, der Wirtschaft und in der Politik. Diese Tendenz beschränkte sich nicht nur auf ehemalige NS-Täter aus dem Generalgouvernement. So gaben z.B. in der FDP in Nordrhein-Westfalen "Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre die ehemaligen Nationalsozialisten den Ton an" (365). Auch als sich dieses "günstige" politische Klima Ende der fünfziger Jahre änderte, hatte dies kaum Auswirkungen auf die ehemaligen Beamten im Generalgouvernement. Viele waren ausgebildete Juristen, sprachen sich gezielt vor Zeugenbefragungen ab und wiesen die alleinige Schuld an den Verbrechen der SS zu. So wurde keiner von ihnen rechtskräftig verurteilt.

Bogdan Musial zeigt in seiner äußerst detaillierten Studie auf, in welchem hohem Maße die Zivilverwaltung im Generalgouvernement, hier besonders im gut dokumentierten Distrikt Lublin, in den Massenmord an den Juden im Zweiten Weltkrieg involviert war. Wie fruchtbar sein gruppenbiographisch-institutioneller Ansatz ist, zeigt sich in der gesamten Untersuchung. Stets nennt er Verantwortliche beim Namen, zeigt, dass nicht anonyme bürokratische Instanzen, sondern handelnde Individuen mit Spielräumen, die sie unterschiedlich nutzen, verantwortlich waren für die Ermordung der europäischen Juden.

If there is additional discussion of this review, you may access it through the network, at:

<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/>

Citation: Andrea Löw. Review of Bogdan Musial, *Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement: Eine Fallstudie zum Distrikt Lublin 1939-1944*. H-Soz-u-Kult, H-Net Reviews. October, 2000.

URL: <http://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=16230>

Copyright © 2000 by H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact H-SOZ-U-KULT@H-NET.MSU.EDU.